



HESSISCHER LANDTAG

14. 03. 2022

HHa

Änderungsantrag

Fraktion DIE LINKE

zu Gesetzentwurf

Landesregierung

Haushaltsmodernisierungsgesetz

Drucksache 20/6607

Der Landtag wolle beschließen :

Der Gesetzentwurf wird wie folgt geändert:

Art. 1 wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Im Sinne einer nachhaltigen Haushaltswirtschaft muss dabei das Anlagevermögen des Landes erhalten werden.“
2. § 18 Abs. 2 Nr. 2 wird wie folgt gefasst:
„2. zur fortlaufenden Anschlussfinanzierung bestehender Kredite am Kapitalmarkt,“
3. § 64 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:
„(2) Grundstücke dürfen nur mit Einwilligung des Landtags veräußert werden, soweit nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme hiervon geboten ist. Ist die Zustimmung nicht eingeholt worden, so ist der Landtag alsbald von der Veräußerung zu unterrichten.“
4. § 65 Abs. 1 Nr. 1 wird wie folgt gefasst:
„1. ein Interesse des Landes vorliegt und der vom Land angestrebte Zweck zum Beispiel aufgrund von ökologischen, sozialen, verteilungs- oder gesamtwirtschaftlichen Gründen besteht,“
5. § 65 Abs. 7 wird wie folgt gefasst:
„(7) Der Zustimmung des Landtags bedürfen:
 1. die Beteiligung an Unternehmen, wenn die Mehrheit der Anteile dem Land gehören soll oder für die Beteiligung ein Gegenwert von mehr als 100 Millionen Euro aufgebracht werden soll,
 2. die Veräußerung von Anteilen an Unternehmen,
 3. die Veräußerung von Tochterunternehmen und organisatorischen Unternehmensanteilen von Unternehmen, an denen dem Land Anteile mittelbar oder unmittelbar gehören oder die mittelbar oder unmittelbar abhängige Unternehmen im Sinne von § 17 des Aktiengesetzes sind. Ausgenommen sind Verkäufe oder Abspaltungen innerhalb eines Unternehmens an eine andere Unternehmensbeteiligung oder an das Land direkt,
 4. die Umwandlung und Auflösung von Unternehmen, an denen Anteile dem Land mittelbar oder unmittelbar gehören oder die mittelbar oder unmittelbar abhängige Unternehmen im Sinne von § 17 des Aktiengesetzes sind,
 5. die Aufgabe eines beherrschenden Einflusses im Sinne von § 17 des Aktiengesetzes.Die Zustimmung ist nicht erforderlich, wenn der Haushaltsplan die Einnahmen oder Ausgaben für ein bestimmtes Vermögensgeschäft vorsieht.“
6. § 83 Nr. 5 wird wie folgt gefasst:
„5. sachgerecht, wirtschaftlich und sparsam verfahren wird,“

7. § 83 Nr. 6 wird wie folgt gefasst:

- „6. die Aufgabe mit geringerem Personal- oder Sachaufwand wirksamer erfüllt werden kann. Dabei sind insbesondere auch ökologische, soziale und gesamtwirtschaftliche Aspekte zu berücksichtigen.“

Begründung:

Zu Nr. 1:

Der Erhalt des Landesvermögens soll verpflichtend werden. Dafür werden erhebliche Investitionen notwendig sein.

Zu Nr. 2:

Eine aktive Reduzierung des Schuldenstands ist gesamtwirtschaftlich kontraproduktiv und schränkt den Ausgabenspielraum des Landes unnötig ein.

Zu Nr. 3:

Die Veräußerung von Grundstücken des Landes soll grundsätzlich unabhängig von deren Wert der Zustimmung des Landtags erfordern.

Zu Nr. 4:

Dem Land soll die Möglichkeit eingeräumt werden, bei Bedarf und gegebenenfalls auch in Konkurrenz zur Privatwirtschaft tätig zu werden.

Zu Nr. 5:

Es soll konkretisiert werden in welchen Fällen des Erwerbs oder der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen die Zustimmung des Landtags erforderlich wird. Insbesondere sollen Veräußerungen von Unternehmen oder Unternehmensbeteiligungen grundsätzlich nur mit Zustimmung des Landtags möglich sein. Damit soll sichergestellt werden, dass Privatisierungen öffentlichen Eigentums nur mit Zustimmung des Landtags überhaupt möglich sind.

Zu Nr. 6:

Prüfungen des Rechnungshofes sollen explizit auch das Kriterium der Sachgerechtigkeit enthalten.

Zu Nr. 7:

Die Prüfung ob eine Aufgabe mit geringerem Personal- oder Sachaufwand erfüllt werden kann, soll ökologische, soziale und gesamtwirtschaftliche Aspekte berücksichtigen.

Wiesbaden, 14. März 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Jan Schalauske